

SPARPAKETE

Der Rotstift an den Schulen

«Bei der Bildung darf man nicht sparen», heisst es. Doch viele Kantone haben die Steuern so sehr gesenkt, dass sie nun auch in den Schulen Millionenbeträge streichen müssen.

Text: Thomas Buomberger

Wenn die Kassen leer sind, fallen die Tabus. Dann wird auch bei der Bildung gespart. Rein finanzpolitisch scheint das logisch: Bildungsausgaben machen im Schnitt etwa einen Viertel des Kantonsbudgets aus. Wenn man dort an der Sparschraube dreht, schenkt es ein. Über die Sparmassnahmen müssen zwar oft noch die Parlamente oder allenfalls das Volk entscheiden. Doch der Kurs ist vorgezeigt (siehe «Grössere Klassen, weniger Lektionen», Seite 36). Und die Lehrerschaft ist schon jetzt in Aufruhr. «Wer bei der Bildung spart, gefährdet die Qualität der Schule», heisst das Credo. «Bildung ist doch unser einziger Rohstoff.»

22 statt 20 Schüler: Leidet die Leistung?

Beim Sparen wird am liebsten bei der Klassengrösse angesetzt. Hier stellt sich die Frage: Haben einzelne Schüler mehr oder weniger tatsächlich Einfluss auf die Qualität? Falls ja, müssten heute schon Unterschiede spürbar sein, denn die Klassengrössen variieren. So sitzen im Kanton Obwalden durchschnittlich 17 Kinder in einer Primarklasse, in Bern und St. Gallen sind es 19,2, im Kanton Zürich 20,8. Sind nun die Zürcher Schüler weniger gut gebildet als die Schülerinnen in Obwalden? Stefan

Wolter, Verfasser des Bildungsberichts Schweiz 2014, winkt ab. Für ihn ist das Schrauben an der Klassengrösse jene Massnahme, die finanziell am meisten bringt: etwa 3 bis 5 Prozent Einsparungen pro zusätzlichen Schüler.

«Bei Klassengrössen um 20 Schüler leidet die Leistung nicht, wenn noch ein bis zwei Schüler dazukommen», so Wolter.



«Natürlich kann man bei der Klassengrösse sparen. Das kann jedoch fatale Folgen haben.»

Franziska Peterhans,
Zentralsekretärin des Dachverbands
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz

«Zudem werden in den nächsten Jahren die Schülerzahlen sinken – bis 2017 um rund drei Prozent, ehe sie bis 2022 wieder um 7,5 Prozent steigen.» Eine Flexibilisierung der Klassengrössen drängt sich also auch aus demografischen Gründen auf.

Wolter, Bildungsökonom der Universität Bern, mag das Gejammer über die an-

geblich zu grossen Klassen nicht mehr hören. «Es wird häufig so getan, als hätten wir Klassen mit 40 Kindern», kritisiert er. Dass sich die Lehrer gegen grössere Klassen wehren, versteht er aus ihrer Sicht. «Für die Lehrpersonen bedeutet es Mehrarbeit, deshalb sind sie dagegen.» Mit solchen Äusserungen hat sich Wolter allerdings nicht nur Freunde gemacht; Hassmails gehören zu seinem Alltag.

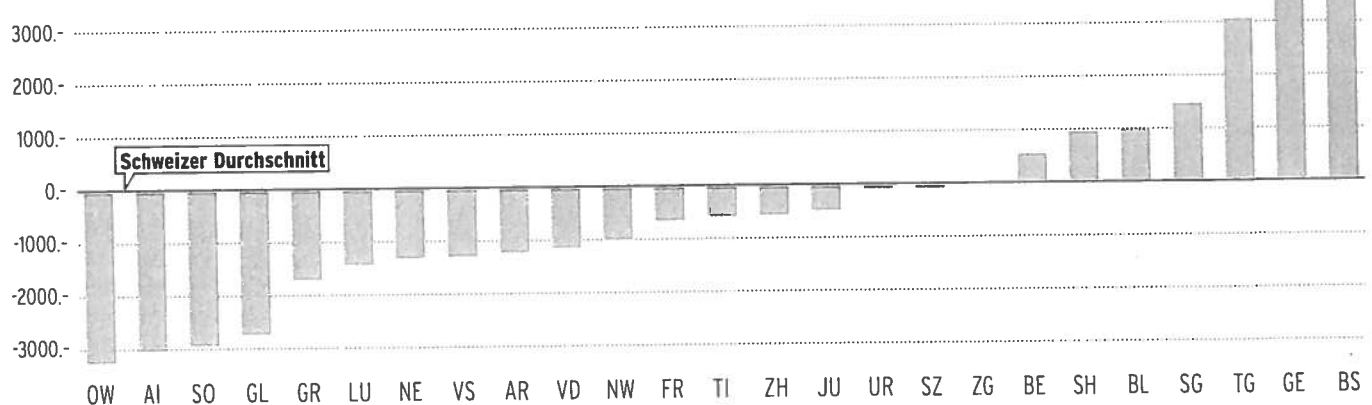
Ebenfalls nicht grundsätzlich gegen grössere Klassen ist Sandra Zehren von der Organisation Schule und Elternhaus: «Wir kämpfen aber für die Einführungsklassen, weil sie verhindern, dass ein schwächeres Kind in der ersten Klasse untergeht.»

«Man müsste die Lehrerlöhne erhöhen»

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), meint nicht sehr enthusiastisch: «Ich nehme zur Kenntnis, dass man bei der Klassengrösse sparen kann. Bei kleinen Schulen kann das jedoch fatale Folgen haben – bis hin zur Schliessung.» Für sie ist eine rote Linie überschritten, wenn man Einschulungsklassen, Übergangsklassen oder Freifächer streicht. Und auch die Lehrerlöhne sind für Peterhans tabu: «Die Löhne in vielen Kantonen müs-

Sekundarschüler: In Obwalden kosten sie 9000 Franken weniger als in Basel-Stadt

Ausgaben für Bildung pro Schülerin oder Schüler auf Sekundarstufe I im Jahr 2010, gemessen am Schweizer Durchschnitt der Lehrerlöhne. Lesebeispiel: Thurgau gab 2010 pro Schüler 3000 Franken mehr aus als Zug. Vom Aargau waren keine Zahlen erhältlich.





«Bildung, einziger Rohstoff der Schweiz»: Jetzt drohen einschneidende Sparmassnahmen.

sen im Gegenteil deutlich erhöht werden. Denn wir benötigen doppelt so viele Lehrpersonen, wie heute ausgebildet werden.»

Die Lehrerschaft argumentiert, wegen der vielen fremdsprachigen Kinder seien kleine Klassen nötig, denn es gebe mehr Betreuungsaufwand. «Doch gerade mit der Zuwanderung vieler deutschsprachender Kinder von gut ausgebildeten Eltern hat dieser Aufwand stark abgenommen», entgegnet Uni-Professor Stefan Wolter. Dass die Integration heute in gewissen Bereichen einfacher ist, sieht auch Franziska Peterhans von ICH. «Dass wir mehr Schülerinnen und Schüler aus bildungsnahen Schichten haben, heisst aber noch nicht, dass es keine Probleme gibt.»

Mehr Geld heisst nicht bessere Bildung

Ein anderes potentielles Sparziel ist die Zahl der Pflichtlektionen. Sie schwankt je nach Kanton stark, in der Primarstufe von jährlich 751 Lektionen (Luzern) bis 911 (St. Gallen). Ebenso stark gehen die Ausgaben auseinander: Basel-Stadt gibt für die Lehrerlöhne fast 9000 Franken pro Schülerin und Schüler mehr aus als Obwalden.

Doch so wie mehr Lektionen keine bessere Bildung garantieren, bedeutet auch mehr Geld im Schulsystem nicht unbedingt eine bessere Leistung. Laut Bildungsforscher Stefan Wolter hat nämlich Schaffhausen, das pro Schüler über 4000 Franken weniger ausgibt als Spitzenreiter Basel und nur rund 800 Lektionen offeriert, die effizienteste Schule – sie bringt für den Input, also die Pflichtlektionen, die beste Leistung. Warum das so ist, bleibt allerdings unklar. «Die Effizienz in der Schule wurde noch nie untersucht, weil das ein Tabu ist», sagt Wolter. «Man weiss deshalb nicht, welche Lektionen man streichen könnte, ohne dass die Leistung leidet.»

Die Kürzungen der Bildungsausgaben haben die Lehrerschaft und ihre Verbände aufgeschreckt. Im Wallis sind sie über die «unglaublichen Sparmassnahmen» empört und diskutieren mit andern Verbänden des Staatspersonals mögliche Protest-

aktionen. Auch ein Referendum gegen das Spardekret der Regierung ziehen die Lehrerverbände in Erwägung. Die Aargauer Lehrerschaft will Anfang Mai gegen die Sparpläne auf die Strasse und hat bereits ihr Referendum angedroht.

Der Verband Lehrerinnen und Lehrer Bern schluckt zwar knurrend das beschlossene Sparpaket, hat aber zukunftsgerichtet die «Streikbereitschaft erstellt», wie es kämpferisch heisst. «Wir signalisieren damit, dass eine rote Linie nicht überschritten werden darf», sagt Gewerkschaftsleiter Christoph Michel, «zum Beispiel eine weitere Erhöhung der Schülerzahl pro Klasse oder ein weiterer Abbau von Lektionen.» Käme es zu einem Lehrerstreik, wäre es der erste in der Berner Geschichte.

«Eine Umverteilung zulasten der Schule»

Viele Kantone, die jetzt unter dem Druck von Defiziten sparen müssen, haben sich das durch eine Palette von Steuersenkungen selber eingebrockt: weniger Einkommens-, Unternehmens-, Fahrzeug- oder Liegenschaftssteuern. Meist ging es darum, die Standortattraktivität für Gutverdienende und Firmen zu verbessern. Der Glaubenssatz, wonach tiefe Steuern per se gut seien, wurde oft unkritisch übernommen und die Folgen wurden vernachlässigt, monieren Kritiker.



Gegen Sparmassnahmen: Berner Lehrer demonstrieren 2010 für höhere Löhne.



«Für die Lehrpersonen bedeuten die Einsparungen Mehrarbeit, deshalb sind sie dagegen.»

Stefan Wolter, Bildungsökonom, Uni Bern

Marcel Cuttat von der Berner Erziehungsdirektion sagt im Fall seines Kantons: «Die Steuersenkungen der vergangenen Jahre, die das Stimmvolk beschlossen hatte, waren gemäss einem Expertenbericht nicht finanziert.» Die heutigen Sparmassnahmen seien eine Folge davon. «Jetzt findet eine Umverteilung zulasten der Schule statt.»

Grössere Klassen, weniger Lektionen: So wollen Kantone bei der Schule sparen

■ **Im Kanton Aargau** will man die minimale Klassengrösse an der Primarschule von 12 auf 15 Schüler erhöhen und die Einschulungsklassen streichen; deren positive pädagogische Wirkung sei nicht erwiesen, sagt die Regierung. Auch das Werk- und das Berufswahljahr würden wegfallen. Man erwartet Einsparungen von über 5 Millionen Franken.

■ **Im Kanton Bern** schraubt man erneut an den Klassengrössen. Sie sollen statistisch um 0,5 Schüler auf 19,7 erhöht werden. Was nach wenig aussieht, zeitigt Folgen: Rund 120 Klassen müssten geschlossen werden, um das Sparziel von 11 Millionen Franken zu erreichen. «Es ist nicht auszuschliessen, dass gewisse

Gemeinden dann ihre Schule zumachen müssen», sagt Marcel Cuttat, Generalsekretär der Berner Erziehungsdirektion. Allein die Gemeinde Köniz müsste nach den Vorstellungen des Parlaments 350 Lektionen pro Woche streichen und damit zehn Klassen auflösen.

■ **Im Kanton Wallis** werden die Klassen vergrössert und die Zahl der Lektionen um drei Prozent gesenkt. Mit Abstrichen bei den Sonderschulen könnte man 5 Millionen Franken sparen. Die Kleingemeinde Eisten im Saastal blutet dafür konkret: Die Klasse ist inskünftig zu klein, die Schule macht dicht. Betroffen sind nicht nur die Schüler, betroffen ist auch Rita Fux-Imstefp: «Ich wer-

de meine Stelle verlieren», sagt die Kopräsidentin des Vereins Lehrpersonen der Primarschulen Oberwallis. «Und eine neue Teilzeitstelle zu finden ist schwierig, weil gerade diese ebenfalls gestrichen werden.» Sparen will der Kanton auch bei den Junglehrern, deren Einstiegsgehälter um fünf Prozent gekürzt werden. Viele ärgern sich im Wallis, dass in Sitten ein ETH-Campus für mehrere hundert Millionen Franken und jährlich 15 Millionen Betriebskosten aufgebaut werden soll, während man der Volksschule ein paar Millionen abzwackt.

■ **Im Kanton Freiburg** will die Regierung mit 14 Massnahmen 4 Millionen Franken an der

Volksschule sparen. Eine davon ist eine Flexibilisierung der Klassengrössen: Der Spielraum soll fünf Schüler pro Klasse betragen, bevor eine neue Klasse eröffnet wird. Das könnte zur Schliessung von einem Dutzend Klassen führen.

■ **Im Kanton Basel-Landschaft** ist es unüblicherweise die Linke, die im Bildungsbereich sparen will. Sie findet es seltsam, dass zwar die Schülerzahlen zwischen 2002 und 2012 um über 700 gesunken, die Stellen in der Schulverwaltung aber um 118 angestiegen sind. Das Geld soll «in die Klassenräume fliessen und nicht in die Verwaltung», meint die Alternative Partei (Basta).